

GRÜNER PFEFFER

Informationsbulletin der Grünen Basel-Stadt

Nr. 4 / November 2006

Stadtplanung: mehr als Bauen!

Stadtplanung	1, 3
Vorstellung E. Ackermann	2
«An Inconvenient Truth»	4
European Greens	5
junge grüne nordwest	6
Eidg. Abstimmungen	7
ask Kolumbienwoche	8, 9
Grüne Riehen	9
Varia / Infomarkt	10

P.P.

4001 Basel

Mutationen an:
Grüne Partei BS
Postfach 1442
4001 Basel



Anita Lachenmeier, Präsidentin Grüne Basel-Stadt

In der letzten Nummer des Grünen Pfeffers wurden verschiedene Bauprojekte beleuchtet.

Gebäude prägen eine Stadt optisch, insbesondere wenn sie gross und markant sind und an wichtigen Orten stehen. Das Zusammenleben wird jedoch nicht nur von Gebäuden, ihrer Art und ihrem Standort geprägt, sondern genauso von den Zwischenräumen.

In den Herbstferien durfte ich während einer Woche Berlin kennenlernen. Die Stadt, welche einen richtigen Bauboom erlebte, fällt nicht nur durch die futuristischen Bauten auf, sondern

auch durch die grosszügigen Freiräume und Grünflächen im Herzen der Stadt. Neben dem alten Tiergarten laden zahlreiche grössere Parks und Plätze zum Spazieren und Verweilen ein. Auch in den Wohnquartieren findet man viele Spielplätze und grosszügige Wiesen.

weiter auf Seite 3



Wir stellen vor: Elisabeth Ackermann-Baumann, neue Grossrätin Grünes Bündnis

Ich bin im August für den zurückgetretenen Lukas Labhardt in den Grossen Rat nachgerückt und habe nun also schon die ersten Grossratsitzungen hinter mir.

Als neue Grossrätin der Grünen soll ich mich hier kurz vorstellen. Ich bin 1963 geboren und in Therwil aufgewachsen. Schon während meiner Schulzeit war ich politisch sehr engagiert. Ich trat schon mit dreizehn Jahren der Bürgerinitiative Therwil gegen AKWs bei. Danach war ich am Sommercasino aktiv und später in der Friedensbewegung.

Nach der Matur begann ich zuerst in Luzern und danach in Basel am Konservatorium mein Musikstudium, das ich 1988 mit dem Lehrdiplom für Gitarre abschloss. Ich arbeitete nach dem Studium an verschiedenen Musikschulen in Baselland. Seit nun bald zehn Jahren unterrichte ich am Gymnasium Liestal. 1990 und 1993 kamen meine beiden Kinder Fabian und Hanna zur Welt. Es war für mich sehr wichtig die Familienarbeit und die Erwerbsarbeit mit meinem Mann zu teilen. Solange die Kinder klein waren, arbeiteten wir beide Teilzeit und kümmerten uns gemeinsam um die Kinder und den Haushalt.

Es war schwierig für mich, neben Familie und Beruf die Zeit und Kraft für die politische Arbeit zu finden. Ich bin aber seit der Gründung Mitglied



Elisabeth Ackermann Baumann

der Grünen Basel-Stadt und seit acht Jahren für die Grünen Mitglied der Inspektion der Kleinklassen.

Im Grossen Rat möchte ich mich vor allem dafür einsetzen, dass die Stadt zum Wohnen und Arbeiten attraktiv bleibt und noch attraktiver wird. Mein besonderes Interesse gilt dabei dem Städtebau, den Schulen und der Zusammenarbeit in der Region. Schlussendlich werden in der Wirtschafts- und Abgabekommission, in der ich arbeiten werde, auch die Finanzen ein wichtiges Thema für mich sein.

**Elisabeth Ackermann Baumann,
Grossrätin Grüne Basel-Stadt**

Impressum
Nr. 4 / November 2006

Herausgeberin:
Grüne Partei Basel-Stadt
Postfach 1442
4001 Basel
Telefon/Fax 061/383 98 33
E-Mail: bs@gruene.ch
Internet: <http://www.gruene.ch/bs>
PC 40-19338-4
Erscheint 4 mal jährlich
Abo: Fr. 25.- (für Mitglieder
im Jahresbeitrag inbegriffen)
Redaktion und Gestaltung:
Eveline Rommerskirchen,
Harald Friedl
Druck:
Rumzeis, Basel

W E R B U N G



Lachenmeier Maler GmbH
Klingentalgraben 33 · CH-4057 Basel
Tel. 061 681 59 80 · Fax 061 681 28 17
www.lachenmeiermaler.ch

Lachenmeier-Maler
Renovieren mit Weitsicht!

Fortsetzung von Seite 1

Sie haben recht, Basel kann man nicht mit der Millionenstadt Berlin vergleichen. Doch auch Basel bildet ein Zentrum für eine Region von ca. einer Million EinwohnerInnen. Hier sollen jedoch Plätze in der Innenstadt verkleinert (Barfi), überdacht (Messeplatz) oder Quartiersspielflächen (Landhof) sogar überbaut werden. Letzteres werden wir mit der Landhofinitiative verhindern.

Man spricht vom verdichteten Bauen ohne, was eindeutig dazugehört, zugleich die entsprechenden zusätzlichen Freiräume zu schaffen. Anscheinend ist die Grossbasler Innenstadt so eng, dass man keine Möglichkeit sieht, auch nur eine Grosseinwand für die EM 2008 aufzustellen. Darum sollen 40 - 50 000 Zuschauende auf engstem Raum im Kleinbasel betreut werden. **Wenigstens kann man 4 Wochen die längst versprochene Fussgängerachse erproben.** Zu hoffen ist, dass sie anschliessend gleich definitiv eingeführt wird. In Berlin geniesst man übrigens grosszügige Fussgängerzonen, in denen das Velofahren erlaubt ist.

Wenn Basel eine Stadt mit Ausstrahlung sein will, müssen Grün- und Freiräume für Besuchende und Bewohnende genauso geplant werden, wie attraktive Gebäude. Baut man in die Höhe, muss der Freiraum dementsprechend vergrössert werden. Das gilt nicht nur für private Investoren wie die Roche, sondern auch für den Kanton selbst. Zu einer attraktiven Innerstadt gehört auch eine gute Mischung an Geschäften. Die Regierung, welche sich mehrheitlich für das gigantische Einkaufszentrum auf dem Stückiareal einsetzte und das geplante Shoppingcenter auf der Erlennmatt während der Diskussion nie erwähnte, möchte nun den bedrohten Innenstadtläden unter die Arme greifen. Die Verhinderung der Konkurrenz am Stadtrand wäre umweltverträglicher und effizienter gewesen. Weitere Konkurrenz droht von der Markthalle. **Dabei gäbe es für dieses einmalige Kuppelgebäude alternative Projekte, welche über die Stadt hinaus ausstrahlen würden.** Schon in der Grossratsdebatte vor einem Jahr sprach sich das Grüne

Bündnis gegen den Verkauf der Markthalle aus, damit der Kanton langfristig die Nutzung beeinflussen kann.

Das Thema Stadtplanung beschäftigt uns Grüne auch bei der aktuellen Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel. Der Vertrag hat einzig die Förderung der Hafentätigkeit zum Zweck und verhindert somit die Weiterentwicklung der 63 ha grossen Fläche. **Durch die Zusammenlegung und Verdichtung hafennahe Gebäude und Areale, könnten grössere Flächen für Wohn-, Kultur- und Freiraum entstehen.** Wir werden darum diesen Vertrag im Grossen Rat ablehnen.

Gibt es in Basel noch weitere wichtige Themen ausserhalb der Stadtplanung?

Das **Pensionskassengesetz** sollte baldmöglichst so sozial wie möglich über die Bühne gebracht werden, damit auch Personen im unteren Bereich der Renten, ihren Arbeitsabend geniessen können.

Das **Thema Schulen**, von der Einführung der Grundstufe, der Verlängerung der Primarschule, der Frage der Volksschule und dem Frühfranzösisch bis zur Abtrennung der Riehener Schulen wird uns noch lange beschäftigen. Das Tempo, mit dem alles über die Bühne gehen soll, macht uns ein wenig Sorgen. Die Qualität der Schulen wird vor allem durch die Lehrpersonen und die Ressourcen, welche zur Verfügung stehen, garantiert und wenig durch Umstrukturierungen, welche unter Zeitdruck vollzogen werden.

Auch **Kultur, Jugendkultur und Proberäume** sind Themen, welche uns zur Zeit beschäftigen und wo Vorstösse geplant sind.

Ja, in Basel bewegt sich einiges. Die Liste der aktuellen Themen könnte beliebig ergänzt werden.

Haben Sie Lust mitzudiskutieren? Melden Sie sich beim Grünen Sekretariat, wenn Sie in einer Arbeitsgruppe (Stadtplanung oder Bildung) oder an einer Vorstandssitzung mitreden möchten und besuchen Sie eine oder beide der verbleibenden Diskussionsplattformen der AG Stadtentwicklung am 25. und 26. November.

Anita Lachenmeier-Thüring
Präsidentin Grüne Basel-Stadt

Spendenaufruf

Politische Arbeit ist angewiesen auf viel Freiwilligenarbeit und persönliches Engagement. Politische Arbeit benötigt aber auch **Geld**:

Beispiele:

- Unterstützung von Initiativ- oder Abstimmungskomitees
- Druck von Flyern, Plakaten, Infomaterial
- Organisation von Podiumveranstaltungen / Diskussionsforen
- Standreservierungen

Dieser Ausgabe ist ein Einzahlungsschein beigelegt, mit dem Sie uns finanziell unterstützen können.

Machen Sie gebrauch davon.
Herzlichen Dank

FDP-Nationalrat will Al Gore ins Parlament holen - Zum Film und Buch „eine unbequeme Wahrheit“

Anfangs Oktober lud der WWF zur schweizerischen Premiere des Films „An Inconvenient Truth“ und anschliessender Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Der Film und das gleichnamige Buch von Al Gore skizzieren mit Daten und Fakten eine auf uns zukommende Klimakatastrophe von noch nie dagewesenem Ausmass. Die Frage die sich Al Gore denn auch als erste gefallen lassen musste war, wie er für eine solche Katastrophe einen so verharmlosenden Titel wählen konnte. Natürlich hatte er dafür strategische Gründe. Wie zutreffend der Titel jedoch im Grunde ist, war an der Podiumsveranstaltung augenfällig. Man sah FDP-Nationalrat Ruedi Noser von Weitem an, wie unwohl er sich in seiner Haut fühlte. Dies um so mehr, als Podiumsteilnehmer Thomas Stocker (Klimaprofessor UNI Bern) bestätigte, sämtliche wissenschaftlichen Aussagen im Film seien nicht nur unheimlich aktuell sondern auch zutreffend. Nachdem auch der Swiss-Re-Manager das menschliche Verhalten als eine

wahrscheinliche Ursache der Klimaerwärmung bezeichnete, liess sich der FDP-Vizepräsident zum Versprechen hinreissen, er würde veranlassen, dass Al Gore vor dem Bundesparlament referieren könne.

Eine solche Lektion wäre dem Parlament in der Tat zu wünschen. Der Film kommt über weite Strecken daher wie frühere Schulfunksendungen am Fernsehen. Hie und da durchsetzen punktuelle Einblicke in das Privatleben des früheren Vizepräsidenten seine professoralen Vorträge, bleiben jedoch als kleine Appetitanreger ungeeignet, voyeuristischen Hunger zu befriedigen. Um so mehr prägen sich Fotos und kurze Filmsequenzen über Naturereignisse im Gedächtnis ein. Emotionen bietet der Film nicht, doch er ruft sie zweifellos hervor. Die Wahrheit, wie sie uns da erzählt wird, schockiert selbst Grüne, die sie schon seit Jahren ankündigen. Eine so krasse Bestätigung haben wir uns wohl nicht einmal nach unseren ärgsten politischen Niederlagen je gewünscht.

Da muss man schon Amerikaner sein, um der Sache noch etwas Gutes abzugewinnen. Al Gore sieht das Positive darin, dass sich nun die ganze Erdbevölkerung hinter ein gemeinsames Ziel scharen kann: die Erhaltung unseres Planeten. Vorerst gilt es allerdings alle, die auf diesem Ohr taub sind, von der unbequemen Wahrheit zu überzeugen. Bis dahin ist wohl noch ein weiter Weg. Die FDP jedenfalls hat – lediglich drei Tage nach dem emotionalen Höhenflug ihres Vizepräsidenten – die Umsetzung der Alpeninitiative in Sachen Schwerverkehr für gänzlich unzumutbar erklärt. Da kommen Zweifel auf, ob Noser sein Versprechen an Gore einhalten wird.

Kathrin Giovannone
Vorstand Grüne Basel-Stadt

Weitere Infos zum Film und Buch:
www.climatecrisis.ch



Hurricane Katrina - Bild aus dem Film «An Inconvenient Truth» - Der Film läuft seit dem 19. Oktober in unseren Kinos

Kongress der Europäischen Grünen Partei in Genf

Amendment (Abänderungsantrag) war das meistgehörte Wort am zweiten Kongress der Europäischen Grünen Partei. Über 600 Delegierte und Beobachter/innen diskutierten am 13. und 14. Oktober 2006 in Genf über den Entwurf der Resolution «A Green Future for Europe». Sie enthält eine grüne politische Vision für Europa und zeigt auf, wie eine demokratisch strukturierte Europäische Union dieses Ziel erreichen könnte. Dass sich die 35 Grünen Parteien dabei nicht gleich einig waren, liegt auf der Hand. Die letzten von ursprünglich mehreren hundert eingereichten Änderungen und Ergänzungen wurden am Ende eines langen Prozesses am Kongress selbst diskutiert. Nach mehreren Stunden inhaltlichem und abstimmungsformalem Ringen lag ein Text vor, der von der überwiegenden Mehrheit angenommen wurde. Die dänischen Grünen, denen das Resultat zu wenig radikal war und England-Wales, das mehr Subsidiarität und Basisdemokratie forderte, stimmten dagegen. Die Resolution soll nun Grundlage für eine engere grüne Koordination in Europa sein, damit gemeinsame Ziele definiert und Aktionen geplant werden können.

Der Workshop «Global Greens» am Tag zuvor war dem nächsten globalen grünen Kongress im Frühjahr 2008 in Nairobi/Kenia gewidmet. Hier wurde auch über die Situation in anderen Kontinenten berichtet. In Afrika sind es häufig nicht Parteien, sondern unterschiedlich stark organisierte Bewegungen, die sich für ökologische und soziale Belange einsetzen. In gewissen Ländern geht die grüne Aktivität von einer Einzelperson aus. Erschwert wird der Austausch innerhalb des vielsprachigen Kontinents, wenn französischsprachende Afrikaner/innen nicht Englisch sprechen und umgekehrt. In Japan gab es keine organisierte grüne Bewegung, bis eine Gruppe junger Männer und Frauen vor zwei Jahren «Ecolo Japan» gründete, ein Netzwerk für eine nach-

haltige Gesellschaft.

Um den Informationsfluss zwischen globaler, europäischer, nationaler und lokaler Ebene drehte sich auch das Gespräch in der Arbeitsgruppe «Climate Change Campaign». Eine Analyse ergab, dass die Kampagne mangels Ressourcen der nationalen Parteien allzu häufig steckenblieb. Sie wendet sich sowohl intern an Grüne (Seminare) als auch an die Bevölkerung (Aktionen). Die Kampagne soll deshalb bis 2009 verlängert und um eine Energie-Debatte erweitert werden. Nächster Fixpunkt: Internationaler Klima-Aktionstag am 4. November 2006.

Während zweier Tage bekam ich Einblick in aktuelle Themen und Diskussionen auf internationaler Ebene und erfuhr viel über die Situation in anderen Ländern. Professionalität und Leidenschaft waren überall in der europäischen grünen Familie sichtbar und spürbar. Eine Reihe substantieller Referate inspirierten. Unter anderen sprachen der grüne italienische Umweltminister über seinen Widerstand gegen ein gigantisches Brückenprojekt zwischen dem Festland und Sizilien sowie die grüne französische Präsidentschaftskandidatin Dominique Voynet. Daniel Cohn-Bendits pointierte geistesgeschichtliche Ausführungen über Religion und Aufklärung waren ein Höhepunkt des Abendthemas «Menschenrechte in Zeiten des Terrorismus».

In Erinnerung bleiben werden mir auch emotionale Momente wie die Schweigeminute für die ermordete russische Journalistin Anna Politkowskaja, zwei Filme über die Gewalt an den Gay Prides in Krakau und Moskau – und wie sich die engagierten Mitglieder der Redaktionskommission der Resolution nach der Schlussabstimmung freudig (erleichtert...) in die Arme fielen.

Bea Wiggenhauser
Vorstand Grüne Basel-Stadt



Bea Wiggenhauser
Vorstand Grüne Basel-Stadt

Websites:

www.europeangreens.org
(European Greens)

www.fyeg.org
(Federation Young European Greens)

www.globalyounggreens.org

www.globalgreens.info

Stimm- und Wahlrechtsalter 16 oder die Jugend braucht keine Lobby, sie will Einfluss

„Die Jugend von heute liebt den Luxus, hat schlechte Manieren und verachtet die Autorität. Sie widersprechen ihren Eltern, legen die Beine übereinander und tyrannisieren ihre Lehrer.“ Dieser Meinung war kein geringerer als Sokrates. Das Verhältnis zu den Erwachsenen scheint sich über all die Jahrhunderte nicht verändert zu haben: der Jugend wird wenig zugetraut und sie hat Mühe, ihren Forderungen Gehör zu verschaffen.

Doch was die Jugend genau will, das weiss in der Erwachsenenwelt offenbar niemand genau und der Begriff Jugend scheint ungefähr so breit wie ihr Interessensspektrum.

Aber es ist sehr einfach. Denn alles was wir, die Jugend, wollen ist an der Macht teilhaben.

Wir haben nun genug lange Zeit in den Jugendräten verbracht, welche von der Regierung allzu oft dazu benutzt werden, jugendfeindliche Entscheide von der „ganzen Jugend“ segnen zu lassen.

Wir möchten mitbestimmen, wenn es darum geht wie die Schule reformiert werden soll, denn wir müssen diese Schule besuchen. Wir wollen mitbestimmen, wenn es um Mobilität, Lehrstellen, Arbeit und Ausbildung geht. Denn es geht immer um unsere Zukunft und es ist wahr, wir haben Interesse daran dass unsere Zukunft intakt ist.

Wir wollen wählen, am besten bereits mit 15 Jahren, wer von uns Jugendlichen ins Parlament einziehen darf. Wir wollen die gleichen politischen Rechte wie die Erwachsenen, möglichst früh.

Es kann nicht sein, dass die Jugend unter anderem von 70 jährigen PolitikerInnen vertreten wird, welche fernab von jedem Zeitgeist politisieren.

Die Jugend von heute ist nicht schlechter als frühere. Sie widerspricht ihren Eltern, weil sie Dinge anders hinterfragt, andere Gedankengänge macht, die aber genauso ihre Berechtigung haben. Die Jugend von heute hinterfragt Autorität und ist nicht blind gehorsam. Und sie will die nicht gerade luxuriösen politischen Rechte, spätestens mit 16 Jahren und am besten sofort!

Simon Trinkler,
Präsident Junge Grüne Nordwest

Diverses:

Die Jungen Grünen Schweiz haben eine neue Homepage: www.jungegruene.ch
Vorbeischaun lohnt sich!

Bis jetzt sind etwa 44`000 Unterschriftsversprechen für eine Initiative gegen Offroadler eingegangen. Der Grossraum Basel ist dabei noch untervertreten. Gebt bitte euer Versprechen unter www.stopoffroadler.ch ab.

Die Koordinationsstelle (20%) der Jungen Grünen Schweiz muss neu besetzt werden. Wenn du Interesse daran hast, findest du die Stellenanzeige unter www.jungegruene.ch

Die **Lehrstellen-Initiative** des jungen Rats Basel-Stadt ist am laufen. Es braucht nun einen **Endspurt**, um die fehlenden Unterschriften in den nächsten Monaten zusammen zu kriegen. Hilf mit!

Den Unterschriftenbogen und das Argumentarium findest Du unter www.junger-rat.ch

Nationale Abstimmungen vom 26. November

JA für faire Kinderzulagen

Kinderzulagen sind eine bewährte Unterstützung für Familien. Bis heute existiert jedoch keine gesamtschweizerische Regelung. In den meisten Kantonen werden zwischen 160 und 190 Franken ausbezahlt. Das ist nicht genug. Zudem erhalten heute meistens nur die Vollzeitwerbstätigen die ganzen Kinderzulagen ausbezahlt. Jedes sechste Kind erhält deshalb keine oder keine volle Zulage. Es besteht also Handlungsbedarf.

Drei Argumente für ein «Ja für faire Kinderzulagen»

1. Je nach Arbeitsort besteht heute in der Schweiz ein Unterschied von 80 – 130 Franken pro Monat und Kind. Das ist ungerecht und muss ausgeglichen werden. Die Vorlage sorgt für einheitlich geregelte Kinderzulagen.
2. 200 Franken Kinderzulage und 250 Franken Ausbildungszulage: Kinder kosten eine Menge Geld (Zimmer, Krankenversicherung, Kleider, Windeln, Sport, Musik usw.). Kinderzulagen sind wichtig für das Familienbudget und eine Anerkennung für die Familien. Während der Ausbildung müssen die Eltern oft noch lange mit hohen Kosten rechnen (Tram-Zugkosten, teures Schulmaterial). Eine Zulage von 250 Franken hilft hier manchen Familien weiter.
3. Ganze Zulagen bei Teilzeitarbeit: Es darf nicht sein, dass Zulagen gekürzt werden, weil beispielsweise eine alleinerziehende Mutter teilweise arbeitet, um ihr Kind betreuen zu können. In der Schweiz erhalten deshalb 300'000 Kinder keine oder nur einen Teil der Kinderzulage


**Faire
 Kinderzulagen!**

JA zum Osthilfegesetz

Osthilfe hat Tradition in der Schweiz. Seit über 15 Jahren unterstützt die Schweiz ehemals kommunistische Staaten in Osteuropa und Folgestaaten der Sowjetunion.

Die Regelung hierfür läuft im 2008 aus. Ein neues, auf 10 Jahre befristetes, Osthilfegesetz soll nun die Grundlagen schaffen, um die bewährte Osthilfe weiterzuführen, aber auch, um den Erweiterungsbetrag zur Unterstützung der zehn neuen EU-Staaten zu ermöglichen. Zu diesem Erweiterungsbeitrag wurde die Schweiz von der EU anlässlich der Neuaufnahme der zehn Oststaaten aufgefordert.

Mit diesem Erweiterungsbetrag, auch Kohäsionsmilliarde genannt, soll die Schweiz eigenständige und Konkrete Projekte in den neuen EU-Staaten abwickeln.

Insgesamt sind als Erweiterungsbeitrag Zahlungen in der Höhe von einer Milliarde verteilt über 5 Jahre bestimmt. Die Finanzierung dieser Kohäsionsmilliarde soll zu 60% über Einsparungen bei der bewährten Osthilfe und zu 40% durch den Bund finanziert werden.

Gerade dagegen wehren sich SVP und die Schweizer Demokraten. Sie wollen am liebsten den ganzen Betrag bei der Entwicklungshilfe einsparen und haben deswegen das Referendum gegen das neue Gesetz ergriffen.

Das Schweizer Stimmvolk hat in diversen Volksabstimmungen ja gesagt zu den bilateralen Verträgen mit der EU. Dazu waren wir gezwungen nach dem EU-Nein, in das uns die SVP manövriert hatte. Nun will gerade diese Partei, die immer die bilateralen Abkommen propagiert hat als Alternative für den EU-Beitritt, die inzwischen gute Zusammenarbeit mit der EU gefährden, denn ein Nein würde die Beziehungen massiv belasten.

Das Gesetz wird von praktisch allen Parteien, darunter auch den Grünen Schweiz, unterstützt. Weiter stehen z.B. die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke (Swissaid, Helvetas, Fastenopfer etc.), Gewerkschaften und alle Kantone hinter dieser Vorlage.

W E R B U N G



HOLINGER SOLAR Oben aus Sonne + Wind
 4116 BUBERSCHOPF Waldweg 11 Wäldli aus Sonne + Wind
 T 061 922 92 92 holinger@hol.ch Regenbogen für Ihren Dach
 F 061 922 92 92 info@holinger.ch Regenbogen für Ihren Dach

Ob Sonne oder Regen
 mit uns nutzen Sie das Wetter

Solar you.

Wie Glencore & Co. in Kolumbien Kohle machen

Der Zuger Rohstoffkonzern Glencore AG ist letztes Jahr zum umsatzstärksten „Schweizer“ Unternehmen aufgestiegen und hat Nestlé nach Jahren auf den 2. Platz verwiesen. Beide Unternehmen sind in Kolumbien tätig und werden immer wieder beschuldigt, die kolumbianischen Gesetze zu missachten oder in Menschenrechtsverletzungen involviert zu sein. Glencore AG, respektive seit Mai 2006 Xstrata Plc, besitzt einen Drittel von Carbones del Cerrejón im Departement Guajira, mit 69'000 Hektaren der weltweit grösste Kohlepott im Tagebau. In der Kohlenmine El Cerrejón werden jährlich gegen 25 Millionen Tonnen Kohle im Wert von über einer Milliarde USD gefördert und v.a. nach Nordamerika und Europa exportiert. Carbones del Cerrejón und die Mutterkonzerne Anglo American, BHP Billinton und Xstrata/Glencore machen damit enorme Gewinne. Die lokale Bevölkerung hat dabei häufig das Nachsehen.

Verschiedene Siedlungen von Afrokolumbianern und Indianern wurden geräumt, ohne dass die Betroffenen faire Entschädigungen für ihren Wohn- und Lebensraum erhalten hätten. Im August 2001 wurde das Dorf Tabaco durch einen massiven Einsatz der Sicherheitskräfte geräumt, wobei es mehrere Verletzte gab. Das Oberste Gericht Kolumbiens hat am 7. Mai 2002 den Staat aufgefordert, die Bewohner Tabacos an einem neuen Ort wieder anzusiedeln, geschehen ist bis heute nichts. Die Bewohner

weiterer Dörfer werden unter Druck gesetzt, damit sie weggehen: der Zugang zu ihrem Land wird ihnen verunmöglicht, Strassen gesperrt und die Stromzufuhr willkürlich gekappt. Sowohl der kolumbianische Staat als auch die multinationalen Konzerne sind für diese Situation verantwortlich. Durch die Kohlestaubbelastung leiden zudem viele Leute unter Atembeschwerden, Hautausschlägen etc.

Am 18. April 2004 kam es in Bahía Portete zu einem schweren Massaker an Wayúu-Indianern, wobei 13 Frauen und Kinder von Paramilitärs ermordet wurden. Bahía Portete liegt in unmittelbarer Nähe des Hafens Puerto Bolívar, wo die Kohle verschifft wird und es bestehen Pläne, in Bahía Portete einen Kohlehafen zu bauen. Verschiedene NGO vermuten deshalb einen klaren Bezug zwischen dem Massaker und den Hafenplänen.

Aus dem enormen Reichtum an natürlichen Ressourcen erhält die Guajira pro Jahr mehrere Millionen USD, und ist wegen der herrschenden Korruption trotzdem eines der Departemente Kolumbiens mit der schlechtesten Infrastruktur und mit dem grössten Anteil an Bewohnern ohne Trinkwasser.

Die Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (ask) setzt sich dafür ein, dass Schweizer Unternehmen in Kolumbien die lokalen Gesetze und die Menschenrechte respektieren und dass Schweizer Investitionen in Kolumbien friedensfördernd sind und nicht Konflikte schaffen oder verschärfen.

So findet im Rahmen der 2. Kolumbien-Kulturwoche, am Mittwoch, 22. November, 20.00 Uhr, ein Infoabend zum Thema „Glencore & Co - Wie die Schweiz in Kolumbien Kohle macht“ statt. Dabei sein werden Jo Lang, Grüne Alternative Zug und Vertreter der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien. Veranstaltungsort: Galerie zangbieri, unterer Rheinweg 22.

Kurz-Infos zu allen Veranstaltungen vom 16.- 25. November, finden sich auf der gegenüberliegenden Seite oder unter www.askonline.ch

Stephan Suhner,
Fachstellenleiter ask



In diesem Pick-up verbrannten anlässlich des Massakers vom 18. April 2004 zwei kleine Mädchen

Kolumbien-Kulturwoche 16. – 25. November 2006

GALERIE ZANGBIERI, Unterer Rheinweg 22, (www.zangbieri.ch)
16.11.2006 bis 16.12.2006

8 kolumbianische MalerInnen in der Schweiz

Vernissage: 16. 11. 2006, 18.00 Uhr

Mi 22.11.2006, 20.00 Uhr

Glencore & Co.- Wie die Schweiz in Kolumbien Kohle macht

Mit Nationalrat Jo Lang, Grüne Alternative Zug

UNION, Klybeckstrasse 95

So 19.11.2006, 11.00 Uhr

Matinée über Friedensförderung der Schweiz in Kolumbien

Doku «Hasta la última piedra!» von Juan José Lozano, Berichte von Peace Brigades International und SUIPPCOL

Mo 20.11.2006

Filmabend

18.00 Uhr, Die Strategie der Schnecke von Sergio Cabrera, unvertitelt
20.15 Uhr, Bolivar soy yo von Jorge Ali Triana, ohne Untertitel

Di 21.11.2006, 20.00 Uhr

Podiumsdiskussion

Drogen, Guerilla, Salsa und Shakira - Das Bild Kolumbiens in Schweizer Medien

Do 23.11.2006, 19.30 Uhr

Noche Llanera

Musik aus Tanz mit der Gruppe Kirpa der Region der „Llanos Orientales“

Sa 25.11.2006, 19.00 Uhr

Fiesta Colombiana

Kolumbianisches Fest mit Musik, Essen und Tanz. «Orquesta Tropical»: Salsa, Merengue, Cumbia, Vallenato
Eintritt: Fr. 20 / 12-16 Jährige Fr. 10

Info + Reservation: Liliana Perez 061 691 10 21; Martha Arenas 061 402 03 94; Bernadette Stirnimann 061 693 22 04

Bläsibibliothek, Bläsiring 85

Fr 24.11.2006, GGG

«Cuentos» Kurzgeschichten und Märchen aus Lateinamerika - spanisch erzählt. 15.00 Uhr für Kinder, 19.00 Uhr Geschichten für Erwachsene

Grüne Riechen: Aus dem Einwohnerrat

In der **September-ER-Sitzung** wurden wir über den neuesten Stand bei der **Chemiemüldeponie Maienbühl und Mönden** informiert. Unbestritten ist, dass Chemikalien aus dem Deponiekörper austreten und in der hintere Auquelle nachgewiesen werden. Das AUE meint auch, dass eine (unterirdische) Verfrachtung in die langen Erlen nicht auszuschliessen sei. Deshalb wird auch in Zukunft klar überwacht werden müssen. Wie schnell diese Chemikalien austreten, ist aber erst Ziel von nächsten Untersuchungen. Klar ist auch, dass eine Deponie saniert werden muss, wenn Chemikalien austreten und es sich dabei um öffentliches Interesse handelt. Auch wenn die ersten Auswertungen und weitere Untersuchungen abgewartet werden müssen, werden wir nicht um die Frage herum kommen zu entscheiden, was öffentliches Interesse ist. Ob das Abhängen der Auquelle von der Trinkwasserversorgung vor ein paar Jahren reicht, um zu sagen, dass nun kein öffentliches Interesse mehr vorhanden sei, bezweifeln wir allerdings stark. Dies ist eine politische Frage, welcher wir uns stellen müssen!

Wer sich mit dieser Problematik auseinandersetzen möchte, kann sich gerne bei mir melden.

In der **Oktober-ER-Sitzung** stehen die neuen vierjährigen Leistungsaufträge im Bereich **«Allmend & Verkehr»**, **«Siedlung & Landschaft»**, **«Freizeit und Sport»** und **«Gesundheit»** an. Wir setzen uns dabei vor allem für mehr gedeckte Veloabstellplätze und eine stärkere Berücksichtigung der Velofahrenden und Fussgänger/innen ein. Wichtig ist uns auch, dass flankierende Massnahmen zur Zolffreien in allen Hauptachsen so geplant werden, dass sie nach Inbetriebnahme der Zolffreien sofort umgesetzt werden. Bei der Siedlungsentwicklung finden wir, dass im Stettenfeld nicht so forsch vorangehen soll, zumal es andere mindestens so wichtige Gebiete wie Niederholz, Lörracherstrasse und den Dorfkern gibt. Das Thema Parkraumbewirtschaftung steht nun endlich für 2007 an und sorgt schon jetzt für heisse Köpfe. Weiteres dazu später.

Wir Grüne möchten uns in den nächsten Jahren mehr dem Thema Naturschutz ausserhalb und in der Siedlung widmen. Dabei werden Gewässer eine Rolle spielen. Soeben haben wir z.B. eine Interpellation eingereicht, welche nach Renaturierungsmöglichkeiten des Immenbaches im Moostal fragt.

Marianne Hazenkamp
(hazenkamp@hispeed.ch)

! Infomarkt ! Varia ! Infomarkt ! Varia ! Infomarkt ! Varia !**News & Interna**

Die Unterschriftensammlung für die **Initiative «Der Landhof bleibt Grün»**, die wir zusammen mit Vertretern der BastA!, CVP, Pro Natura, des Vereins zur Erhaltung des Landhofareals, VEW und WWF lanciert haben, ist angelaufen. Helft mit beim Sammeln. Sendet die ausgefüllten Bogen möglichst rasch an unser Sekretariat, damit wir laufend über den aktuellen Sammelstand informiert sind.

Weitere Informationen und Sammelbogen zum selber runterladen findet ihr unter www.landhof-initiative.ch oder auf unsere Website www.gruene.ch/bs

Unser ehemaliges Vorstandsmitglied Benno Frauchiger ist mit dem Velo unterwegs nach Australien. Ein Blick in seine sehr gut gestaltete Homepage mit tollen Berichten ist immer lohnenswert: www.levelorouge.ch

Parolen**Eidgenössische Abstimmungen vom 26. November:**

Ja zum neuen Osthilfegesetz
Ja für faire Kinderzulagen

Unbedingt Vormerken !

Am **Sonntag 7. Januar 2007** veranstalten wir wieder unseren traditionellen **Neujahrsapéro**, zu dem alle Grünen und Sympathisanten recht herzlich eingeladen sind. Wir freuen uns jetzt schon, mit Euch an diesem geselligen Anlass auf das neue Jahr anzustossen.

7. Januar 2007 ab 17.00 Uhr in der Galerie Zangbieri, Klingental 17

Termine

16. – 25. November - 2. Kolumbien-Kulturwoche Basel
Mehr Infos auf den Seiten 8 und 9 sowie unter www.kolumbien-aktuell.ch

25. November - Die Stadt und ihre BewohnerInnen
10-13 Uhr NT-Areal

26. November - Öffentlichkeit und Grün im städtischen Raum
14-17 Uhr NT-Areal

Die aktuellsten Termine immer unter www.gruene.ch/bs

**Ich interessiere mich für die Grünen Basel-Stadt**

- **Ich will Mitglied werden!** Jahresbeitrag 150.-- für Verdienende, 50.-- für Nichtverdienende
- **Ich will SympathisantIn werden!** Jahresbeitrag für alle Fr. 60.--
- **Ich möchte SpenderIn werden!** Vielen Dank.
- **Ich bestelle ein Abonnement für den Grünen Pfeffer!** Fr. 25.--

Name, Vorname:

Strasse: Plz./Ort:

E-Mail: Tel.:

Einsenden an:
Bestellen per Fax:
Bestellen per E-Mail:

Grüne Basel-Stadt, Postfach 1442, 4001 Basel
061 / 383 98 33
bs@gruene.ch

Konto:
Website:

PC 40-19338-4
www.gruene.ch/bs

